

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.01.2013

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 17:45 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 19:35 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 19:35 Uhr
Herr Michael Sprung	CDU	17:45 Uhr bis 19:35 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:35 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:35 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:35 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	16:30 Uhr bis 19:35 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 19:35 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 19:35 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 19:35 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 19:35 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	Vertreter: Herr Trömel
Herr Johannes Krause	SPD	Vertreter: Frau Ewert

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Tischvorlagen wurden zu Beginn der Sitzung ausgegeben:

- Einladung zu den Sondersitzungen des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zum Haushalt 2013
Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU-Fraktion)
zur Verbesserung der Transparenz der doppischen Haushaltssatzung
Vorlage: V/2013/11351
- 5.4 Auszüge des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses sowie des Bildungsausschusses zur Vorlage Mitgliedschaften
- 5.4.1 Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM (Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland)
- 6.5 Stellungnahme der Verwaltung → Verschiebung in die Sitzung im Februar
- 6.5.1 Stellungnahme der Verwaltung → Verschiebung in die Sitzung im Februar
- 6.7 Auszug aus dem Jugendhilfeausschuss und
Stellungnahme der Verwaltung
- 8 Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Förderprogrammes STARK III
- 9 Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung vom 13.11.2012
Veräußerungserlöse Heide-Süd

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorlage:

- 5.2. Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11173

wird zurückgestellt, da noch kein abschließendes Votum des Eigenbetriebsausschusses vorliegt.

Der Antrag:

- 6.3. Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur
Illumination der Pauluskirche
Vorlage: V/2012/11076

wird auf Bitte der Antragsteller zurückgestellt.

Es lag folgender Dringlichkeitsantrag vor:

- 6.3. Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU-Fraktion)
zur Verbesserung der Transparenz der doppischen Haushaltssatzung
Vorlage: V/2013/11351

Herr Bönisch führte aus, dass sich die Dringlichkeit aus der in Kürze beginnenden Haushaltsdiskussion ergebe. Eine feinere Untergliederung, entsprechend dem Antrag, würde

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22. Januar 2013 – öffentlicher Teil

zu besserer Transparenz und zu weniger Nachfragen in den Haushaltsplanberatungen führen.

Herr Geier sprach sich gegen den Antrag aus. Die Detailauswertung obliege den Fachausschüssen. In diesen wurde sie in den vergangenen Jahren auch regelmäßig gegeben. Bei einer weiteren Aufgliederung würde die Übersicht des umfangreichen Haushaltsplanes verloren gehen.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Herr Stäglin bat um die Zurückstellung folgender Tagesordnungspunkte:

- 6.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)
Vorlage: V/2012/11187
- 6.5.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)
Vorlage: V/2012/11260

Die Verwaltung habe noch Klärungsbedarf. Die Anträge sollten in der Sitzung am 19.03.2013 beraten werden.

Herr Wolter bat um Zurückstellung des Tagesordnungspunktes:

- 6.6. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum vereinfachten Informationszugang für Bürgerinnen und Bürger durch freiwillige Bereitstellung amtlicher Informationen im Internet
Vorlage: V/2012/11262

Aufgrund eines Missverständnisses im Planungsausschuss wurde der Antrag als erledigt erklärt. Dies sei nicht im Sinn der Fraktion. Es werde eine nochmalige Befassung im Planungsausschuss angestrebt

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wird festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Bestellung eines stellvertretenden Protokollführers
Vorlage: V/2012/11338
 - 5.2. Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11173 – z u r ü c k g e s t e l l t -
 - 5.3. Baubeschluss zum Neubau der Kindertagesstätte Schimmelstraße 7 mit Mitteln des Programms STARK III - Modellvorhaben
Vorlage: V/2012/11325
 - 5.4. Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931
 - 5.4.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291
 - 5.4.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931) – hier: Mitgliedschaft im Klima-Bündnis
Vorlage: V/2012/11329
 - 5.4.3. Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: V/2012/10931
Vorlage: V/2013/11345
 - 5.4.4. Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Wöllenweber (FDP-Fraktion) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: V/2012/10931
Vorlage: V/2013/11411
 - 5.5. Jahresabschluss 2011/2012 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2012/11340
 - 5.6. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
Beratung zum Verfahren und zur Terminkette
Vorlage: V/2012/11037
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 6.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844
- 6.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur temporären Installierung mobiler Fahrradabstellanlagen auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/11066
- 6.3. Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur Illumination der Pauluskirche
Vorlage: V/2012/11076 – z u r ü c k g e s t e l l t -
- 6.4. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Sicherstellung des Betriebs im Stadtbad der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11193
- 6.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)
Vorlage: V/2012/11187 – z u r ü c k g e s t e l l t -
- 6.5.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)
Vorlage: V/2012/11260 – z u r ü c k g e s t e l l t -
- 6.6. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum vereinfachten Informationszugang für Bürgerinnen und Bürger durch freiwillige Bereitstellung amtlicher Informationen im Internet
Vorlage: V/2012/11262 – z u r ü c k g e s t e l l t -
- 6.7. Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung
Vorlage: V/2012/11263
- 6.8. Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Verbesserung der Transparenz der doppischen Haushaltssatzung
Vorlage: V/2013/11351 – n e u -
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. mündliche Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 4. Dezember 2012 wird genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 4. Dezember 2012 wurden folgende abschließenden Beschlüsse gefasst:

zu 3.1 Verkauf eines kommunalen Grundstückes Vorlage: V/2012/11025

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstückes Raffineriestraße 26 – Gemarkung Halle, Flur 04, Flurstück 2262, mit einer Teilfläche von ca. 5.270 m² an Astrid und Dietmar Ufer zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 3.2 Unbefristete / befristete Niederschlagungen von Forderungen Vorlage: V/2012/11130

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, beschließt auf der Grundlage des § 44 Abs. 4 Nr. 16 GO LSA und der Hauptsatzung § 6 Abs. 3 Nr. 2.:

1. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 2009, sowie Nebenforderungen in Höhe von 85.439,50 Euro.
2. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 2009, sowie Nebenforderungen in Höhe von 54.279,50 Euro.

3. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 2001-2005, sowie Nebenforderungen in Höhe von 132.543,74 Euro.
4. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 1994-1998, sowie Nebenforderungen in Höhe von 204.576,40 Euro.
5. die befristete Niederschlagung der Vergnügungssteuer 2003-2005, sowie Nebenforderungen in Höhe von 112.972,30 Euro.
6. die befristete Niederschlagung der Vergnügungssteuer 2005-2011, sowie Nebenforderungen in Höhe von 70.968,58 Euro.
7. die befristete Niederschlagung der Leistungen Feuerwehr 2006, sowie Nebenforderungen in Höhe von 102.936,00 Euro.
8. die befristete Niederschlagung der Ablösebeträge Stellplatz 2004, sowie Nebenforderungen in Höhe von 61.702,97 Euro.
9. die befristete Niederschlagung der Fördermittelrückzahlung 2002, sowie Nebenforderungen in Höhe von 222.539,33 Euro.
10. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 2004 und 2005, sowie Nebenforderungen in Höhe von 158.819,50 Euro.
11. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 2006, sowie Nebenforderungen in Höhe von 61.314,53 Euro.
12. die unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 1994-1995, sowie Nebenforderungen in Höhe von 99.555,76 Euro.
13. die unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 1999-2000, sowie Nebenforderungen in Höhe von 240.725,01 Euro.
14. die unbefristete Niederschlagung der Vergnügungssteuer 2003-2006, sowie Nebenforderungen in Höhe von 73.509,16 Euro.
15. die unbefristete Niederschlagung der Vergnügungssteuer 1994, sowie Nebenforderungen in Höhe von 126.045,98 Euro.
16. die unbefristete Niederschlagung der Verwaltungsgebühren Bauordnungsamt 1994, sowie Nebenforderungen in Höhe von 66.477,43 Euro.
17. die unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 2004-2005, sowie Nebenforderungen in Höhe von 83.379,50 Euro.
18. die unbefristete Niederschlagung der Verwaltungsgebühren Bauordnungsamt 1997, sowie Nebenforderungen in Höhe von 57.694,84 Euro.

19. die unbefristete Niederschlagung der Grundsteuer 1997, sowie Nebenforderungen in Höhe von 74.137,10 Euro.

20. die unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 1997-1998 und 2000-2002, sowie Nebenforderungen in Höhe von 51.868,75 Euro.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Bestellung eines stellvertretenden Protokollführers**
Vorlage: V/2012/11338

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften bestellt der Oberbürgermeister Herrn René Müller als stellvertretenden Protokollführer.

Finanzielle Auswirkung:

keine

zu 5.2 **Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle**
(Saale)
Vorlage: V/2012/11173

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt (kein Votum des Eigenbetriebsausschusses)

Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Beschluss V/2011/09956 zur Abführung von 323.734,82 EURO aus dem Jahresabschluss 2010 an die Stadt Halle (Saale) in der Gestalt umgesetzt wurde, dass der Zuschuss in 2012 um 300.964,00 EURO gekürzt und in Folge auf einen Mittelfluss seitens der Stadt Halle/Saale verzichtet wurde. Zum Differenzbetrag von 22.770,82 EURO wird der Ausschüttungsbeschluss bestätigt.

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass es zwischen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten und der Stadt Halle (Saale) zu einer Einigung über einen Forderungsverzicht im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 in Höhe von 731.141,01 EURO gekommen ist.
Diese aufgelaufenen Forderungen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten gegenüber der Stadt Halle (Saale) setzen sich aus Einzelforderungen aus den Wirtschaftsjahren 2008 und 2010 zusammen.
3. Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2011 des Eigenbetrieb Kindertagesstätten mit

Bilanzsumme:	43.012.001,06 EURO
Jahresüberschuss:	37.060,99 EURO

wird festgestellt.
4. Der Jahresüberschuss in Höhe von 37.060,99 EURO wird auf neue Rechnung vorgetragen.
5. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten wird für das Wirtschaftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

zu 5.3 Baubeschluss zum Neubau der Kindertagesstätte Schimmelstraße 7 mit Mitteln des Programms STARK III - Modellvorhaben
Vorlage: V/2012/11325

Herr Kreisel (Eigenbetriebsleiter Kindertageseinrichtungen) führte auf Anfrage von Herrn Wehrich aus, dass es sich um ein zweistufiges Antragsverfahren handelt. Erst wurde der Antrag auf die Anerkennung des Modellvorhabens gestellt. Nach dessen Zustimmung erfolge jetzt in Einzelabstimmungen die Erarbeitung eines Handbuchs mit den Erfordernissen. Das Land hat mit der Bewilligung von Fördermitteln im Rahmen des STARK III-Programmes einen sehr hohen Maßstab an die Verbauung der neuesten Technik verbunden. Die Gestaltung wurde im Eigenbetriebsausschuss detailliert besprochen. Der Bedarf der Plätze wurde mit dem Bedarfsplan abgeglichen. Finanzielle Modifizierungen sind nach der Fassung des Baubeschlusses nicht auszuschließen. Der heutige Baubeschluss sei für die Antragstellung bei der Investitionsbank notwendig.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Ausführung des Ersatzneubaus einer Kindertagesstätte in der Schimmelstraße 7. Die Realisierung erfolgt gemäß der Richtlinie des Ministeriums für Finanzen zu STARK III und vorbehaltlich des Fördermittelbescheides.

Finanzielle Auswirkung:

Die Gesamtkosten des Projektes betragen laut Kostenberechnung vom 07.12.2012: 3.995.862,40 €. Davon sind 23.800,00 € nicht fördefähige Kosten.

Der Eigenmittelanteil in Höhe von 1.191.618,72 € wird im Rahmen eines zinslosen Darlehens entsprechend der Kriterien des Förderprogramms STARK III erbracht.

Die Förderquote beträgt bis zu 70 %.

zu 5.4 Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2012/10931

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden die Änderungsanträge 5.4.1 bis 5.4.4 mit diskutiert.

An der Diskussion beteiligten sich Frau Nagel, Herr Wolter, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Wehrich, Herr Dr. Meerheim, Herr Misch, Herr Geier und Herr Stäglin.

Herr Geier wies darauf hin, dass die Beschlussvorlage aufgrund von Zuarbeiten der Fachgeschäftsbereiche durch den Geschäftsbereich I erstellt worden sei.

Auf konkrete Nachfrage erläuterte er, dass German Industry & Commerce (Taicang) Co.Shanghai eine Gemeinschaftsvertretung der Stadt Halle (Saale) gemeinsam mit der Stadt Magdeburg und des Landes Sachsen-Anhalts sei. In dieser sollen unternehmensbezogene Verknüpfungen geschaffen werden. Der Vorschlag wurde durch Herrn Neumann unterbreitet. Der Vertrag laufe zum Ende des Jahres 2013 automatisch aus, wenn er nicht durch die Stadt verlängert wird. Nach seinem Kenntnisstand seien die beiden Partner informiert. Die gewünschten Partnerschaften wurden in den vergangenen Jahren geknüpft.

Es wurde kurz über einzelne Mitgliedschaften und deren Notwendigkeit diskutiert.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1.

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften:

- ~~Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)~~
- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)
- UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
- ~~Gesunde Städte – Netzwerk (für 2012 und 2013 je 500,00 €)~~

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22. Januar 2013 – öffentlicher Teil

- ~~Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (26,00 €)~~
- ~~Hallescher Musikrat e. V. (15,00 €)~~
- ~~Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (54,00 €)~~
- ~~Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (200,00 €)~~
- German Industry & Commerce (Taicang) Co. Shanghai (15.192,00 €)

2.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland über eine spürbare Absenkung des Mitgliedbeitrags zu verhandeln und eine Kündigung der Mitgliedschaft zum Ende des Jahres 2013 zu prüfen.

Finanzielle Auswirkung:

Minderausgaben verwaltungsübergreifend in unterschiedlichen Produkten in Höhe von insgesamt ~~22.312~~ 21.517 €

zu 5.4.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291**

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Es wird ein zweiter Beschlusspunkt hinzugefügt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland über eine spürbare Absenkung des Mitgliedsbeitrags zu verhandeln und eine Kündigung der Mitgliedschaft zum Ende des Jahres 2013 zu prüfen.

zu 5.4.2 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931) – hier: Mitgliedschaft im Klima-Bündnis
Vorlage: V/2012/11329**

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag der Vorlage wird der folgende Unterpunkt gestrichen:

- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)

**zu 5.4.3 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Vorlage
"Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: V/2012/10931
Vorlage: V/2013/11345**

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag werden die nachfolgenden vier Vorschläge zur Kündigung der Mitgliedschaften gestrichen:

- Gesunde Städte – Netzwerk (für 2012 und 2013 je 500,00 €)
- Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (26,00 €)
- Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (54,00 €)
- Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (200,00 €)

**zu 5.4.4 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Wöllenweber (FDP-Fraktion) zur
Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: V/2012/10931
Vorlage: V/2013/11411**

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag der Vorlage wird folgender Unterpunkt gestrichen:

- Hallescher Musikrat e. V.

Finanzielle Auswirkung:

keine Einsparung von 15 €

**zu 5.5 Jahresabschluss 2011/2012 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2012/11340**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Wehrich und Herr Stiska (Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle).

Auf Nachfrage führte Herr Stiska aus, dass der Theaterfördervertrag für die Jahre 2009 – 2012 abgeschlossen und für das Jahr 2013 verlängert wurde. Der Kulturkonvent tagte in der kommenden Woche. Dessen Entscheidungen zur Finanzierung der Kultureinrichtungen müsse abgewartet werden. Die aktuelle Spielzeit befinde sich mit 7 Monaten im Jahr 2014. Aufgrund der im Sommer 2014 auslaufenden Haustarifverträge sei zur Sicherung der Finanzierung eine Dynamisierung des Zuschusses notwendig. Die Jahre 2014 und 2015 werden finanziell sehr, sehr angespannt sein, da Kündigungsschutz der Mitarbeiter bis Sommer 2015 bestehe. Ziel sei es, den Haustarifvertrag fortzuführen; dann kämen auf die Stadt und das Land ca. 700 T€ Mehrkosten zu. Sollte dies nicht gelingen, stünden ca. 1,8 Mio. € an. Eine zügige Entscheidung des Kulturkonvents sei notwendig, um so schnell wie möglich in die notwendigen Verhandlungen mit den Tarifpartnern einzusteigen.

Zur Spielstätte Thalia erläuterte Herr Stiska auf Nachfrage, dass nach einem Ausgliederungsvertrag der TOO GmbH mit der Stadt der Verkauf an den Thaliaverein realisiert wurde. Im Kaufvertrag sei eine Klausel enthalten, nach der die Situation im Spätsommer 2014 betrachtet wird und ein Rückfall des Gebäudes an die Stadt nicht ausgeschlossen sei. Die TOO GmbH nutze die Räumlichkeiten auch partiell, z. B. für den alljährlich beliebten Fasching für die Kindereinrichtungen und Schulen.

An der Abstimmung zu Beschlusspunkt 4 nahmen Frau Ewert und Herr Dr. Wöllenweber nicht teil.

Abstimmungsergebnis 1.-3.:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis 4.:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister in seiner Funktion als Vertreter der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2011/2012 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird in der von der BRV AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 09. Oktober 2012 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	38.933,80 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	33.036.466,25 EUR.

2. Der Jahresüberschuss wird mit dem Verlustvortrag verrechnet.
3. Dem Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle, Herrn Rolf Stiska, wird für das Geschäftsjahr 2011/2012 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird für das Geschäftsjahr 2011/2012 Entlastung erteilt.

**zu 5.6 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
Beratung zum Verfahren und zur Terminkette
Vorlage: V/2012/11037**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Wehrich und Herr Geier.

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass die Einladung zu den Sondersitzungen zur Beratung des Haushaltsplanes als Tischvorlage verteilt wurde. Pro Geschäftsbereich wurde eine Sondersitzung eingeplant, um die Sitzungen inhaltlich und zeitlich nicht zu überfrachten.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier, dass der Entwurf des Stellenplanes nach den organisatorischen Veränderungen des Oberbürgermeisters am 30. Januar 2013 an die Stadträte ausgegeben werde. Die Vorlage des überarbeiteten Haushaltskonsolidierungskonzeptes gestalte sich schwieriger, da dieses mit dem Sparberater und der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung verknüpft sei. In Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt wurden 8 Bewerber für die Position des Sparberaters angeschrieben, ob für sie ein erfolgsabhängiges Engagement vorstellbar sei. Zurzeit liegen 7 Rückläufe mit den unterschiedlichsten Ausprägungen vor. Diese werden ausgewertet, eine Matrix erstellt und bei der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe im Landesverwaltungsamt am 31.01.2013 vorgestellt. Es bleibe bei der Aussage, dass der Haushalt auf den Weg gebracht werden soll; parallel wird in Begleitung des Sparberaters an der Konsolidierung gearbeitet. Die Ergebnisse fließen in den Nachtragshaushaltsplan ein. Er gehe davon aus, dass durch die Komplexität der Thematik im März 2013 zur Beschlussfassung der Haushaltssatzung kein ausreichendes Haushaltskonsolidierungskonzept durch die Verwaltung vorgelegt werden könne. Für die Erstellung eines substanziellen Haushaltssicherungskonzeptes sei $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Jahr nötig. Die Begleitung durch den Sparberater wäre wünschenswert.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22. Januar 2013 – öffentlicher Teil

Zur Erreichung der Haushaltskonsolidierung hat Herr Dr. Wiegand in einer Haushaltsklausur im Dezember 2012 an die Verwaltung 22 Prüfaufträge erteilt.

Die Verwaltung wird, nach Rücksprache mit dem Landesverwaltungsamt, um Aussage gebeten, ob die Haushaltssatzung unter gewissen Voraussetzungen auch ohne vollständiges Haushaltskonsolidierungskonzept genehmigungsfähig ist und wie die weiteren Abläufe sein werden, z. B. wann ist der Nachtragshaushalt geplant?

Herr Müller übergab im Namen seiner Fraktion mehrere Fragen zur Thematik und bat um deren Beantwortung in der morgigen Sitzung des Hauptausschusses. (Die Fragen sind im Session eingestellt.)

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2012/10844

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Frau Hinz, Herr Müller, Herr Dr. Meerheim, Frau Ewert, Herr Weirich, Herr Wolter, Herr Stäglin und Herr Rost (Abteilungsleiter Stadtgrün).

Herr Stäglin wies auf die geänderte Stellungnahme der Verwaltung hin.

Aus den Reihen des Ausschusses wurde ausgeführt, dass in den zurückliegenden Jahren aufgrund der angespannten Haushaltslage ein hoher Sparzwang bestand. Zurzeit ist aus finanziellen Gründen nur noch ein Reagieren auf Gefahrenlagen möglich. Eigentlich seien pro Jahr ca. 20 Mio. € für das Stadtgrün nötig. Es sei eine politische Entscheidung, wie viel Mittel in den Haushaltsplan eingestellt werden. Die Stadt Halle wirbt mit dem Image „Grüne Stadt“. Es dürfe nicht die Situation entstehen, dass im Stadtgebiet Halle-Neustadt viele Pappeln gefällt werden müssen, weil sie zu alt sind und ein Gefahrenpotential beinhalten, und diese aus finanziellen Gründen nicht durch neue Bäume ersetzt werden.

Die Mitglieder befürworteten mehrheitlich den Inhalt des Antrages. Es wurde jedoch deutlich, dass die Untersetzung mit den finanziellen Auswirkungen – gerade für die Diskussion im Ausschuss für Finanzen – fehle. Diese müssten ermittelt und in die Haushaltsdiskussion eingebracht werden.

Herr Rost führte aus, dass die erste Lesung im Fachausschuss zum Haushalt 2013 bereits geführt wurde. Im jetzigen Haushaltsplanentwurf seien lediglich die Mittel für die Gefahrenabwehr enthalten. Der Ersatz von Bäumen, zu denen die Stadt lt. Baumschutzsatzung nicht verpflichtet ist, bzw. die Pflege derer, ist zurzeit aufgrund der angespannten Haushaltslage in der Planung für 2013 ff. nicht enthalten.

Die Diskussion drehte sich um die Notwendigkeit der Untersetzung des Finanzbedarfes für die Umsetzung des Antrages.

Herr Wehrich stellte folgenden Geschäftsordnungsantrag:

- Abbruch der Debatte
- Vertagung in die Haushaltsplanberatung des Geschäftsbereiches II inklusive der finanziellen Untersetzung.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag:

10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Weiterhin empfiehlt der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften mehrheitlich dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten, den um die finanziellen Auswirkungen untersetzten Antrag noch einmal zu diskutieren.

Abstimmungsergebnis:

vertagt in die Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 26. Februar 2013

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass mittelfristig notwendige Baumfällungen durch Ersatzpflanzungen kompensiert werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind in den Haushaltsplanentwürfen der Stadtverwaltung ab dem Haushaltsjahr 2013 zu berücksichtigen.
2. Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Kompensation der Altbestände von Hybridpappeln durch die Pflanzung anderer Baumarten im Stadtteil Neustadt zu richten.
3. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass die finanzielle Ausstattung des Grünflächenamtes einen langfristigen Pflegeplan für den kommunalen Baumbestand einschließlich des Straßenbaumbestandes ermöglicht.

zu 6.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur temporären Installierung mobiler Fahrradabstellanlagen auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/11066

Frau Hinz begründete den Antrag und betonte besonders, dass bei Großveranstaltungen die vorhandenen Anlagen auf dem Marktplatz sehr oft nicht nutzbar seien.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung soll zukünftig bei der Vertragsgestaltung mit Veranstaltern, die eine Veranstaltung auf dem Marktplatz planen, berücksichtigen, dass für stationäre Fahrradabstellanlagen, die in Vorbereitung bzw. zur Durchführung der Veranstaltungen gesperrt werden müssen, vom Veranstalter Ersatz in Form von mobilen Abstellanlagen geschaffen wird.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die mobilen Abstellanlagen von der Stadt Halle (Saale) zur Ausleihe zur Verfügung gestellt werden können.
3. ~~Die Stadtverwaltung sorgt während der Veranstaltung für eine ausreichende Ausschilderung der alternativen Fahrradabstellanlagen.~~

zu 6.3 Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur Illumination der Pauluskirche
Vorlage: V/2012/11076

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung nimmt Verhandlungen mit dem Ziel auf, dass mit Hilfe der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und in Abstimmung mit der Evangelischen Paulusgemeinde Halle eine dauerhafte Illumination der Pauluskirche erreicht wird.

zu 6.4 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Sicherstellung des Betriebs im Stadtbad der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11193

An der Diskussion beteiligten sich Herr Müller, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Misch, Herr Geier und Frau Waldenburger (Geschäftsführerin der Bäder Halle GmbH).

Aus den Reihen der Mitglieder des Ausschusses wurde betont, dass das Ziel des Antrages sei, dass die Stadt konstruktiv mit der Bäder GmbH zusammenarbeitet. Die Unterstützung könne sowohl große Tatkraft als auch ein finanzieller Beitrag sei.

Herr Müller betonte für die antragstellende Fraktion, dass im Antrag noch kein finanzieller Beitrag der Stadt aufgenommen worden sei. Erst solle das Konzept erstellt und mit Zahlen untersetzt werden. Danach erfolgen die Diskussion und die Prüfung der Finanzierbarkeit.

Frau Waldenburger führte aus, dass ein langfristiges Konzept als Grundlage für einen umfangreichen Fördermittelantrag erarbeitet werden soll. Sollte eine 100 %ige Förderung nicht eingeworben werden können, benötige die Bäder Halle GmbH Unterstützung.

Herr Geier führte aus, dass die Stadtverwaltung bereits jetzt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Unterstützung gebe, jedoch nicht in finanzieller Hinsicht. Der notwendige Kostenrahmen für die Wiedereröffnung der Frauenhalle ist zurzeit nicht bekannt. Aufgrund der Eigentümerkonstruktion der Bäder müsste die Finanzierung von Sanierungsbedarf über den Bäderfinanzierungsvertrag abgesichert sein. Er avisierte zu gegebener Zeit eine Prüfung, ob Mittel aus dem Fördergebiet Altstadtsanierung für das Stadtbad eingesetzt werden könnten.

Aus den Reihen des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, dass die Frauenhalle auch von Vereinen genutzt werde. Eine Schließung der Frauenhalle verschiebe das Verhältnis von Schul-, Vereins- und öffentlichem Schwimmen. Die Schließung ziehe finanzielle Verluste nach sich. Um diesen zu begegnen, könne von städtischer Seite über einen Beitrag zur Sanierung nachgedacht werden.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung unterstützt die Bäder Halle GmbH bei der Entwicklung eines tragfähigen Konzeptes zur langfristigen Sicherstellung des öffentlichen Schwimmens wie des Schwimmunterrichtes im Stadtbad der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)
Vorlage: V/2012/11187**

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) werden beauftragt, im Rahmen der Strategiediskussion innerhalb der Gesellschaft auch alternative Formen zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs anstatt der jährlichen Tarifierhöhungen untersuchen zu lassen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MDV GmbH, bis zur Vorlage des Strategiepapiers „Entwicklung des Verbundraums und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ keiner Tarifierhöhung zu zustimmen.

**zu 6.5.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)
Vorlage: V/2012/11260**

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 2 wird wie folgt ergänzt:

2. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin bzw. deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MDV GmbH, bis zur Vorlage des Strategiepapiers „Entwicklung des Verbundraums und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ **etwaigen** ~~keiner~~ Tarifierhöhungen **erst nach vorheriger Beschlussfassung des Stadtrates** zuzustimmen.

**zu 6.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum vereinfachten Informationszugang für Bürgerinnen und Bürger durch freiwillige Bereitstellung amtlicher Informationen im Internet
Vorlage: V/2012/11262**

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Umsetzungsvorschlag zur Etablierung eines vereinfachten Informationszugangs für Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des eigenen Wirkungsbereiches zu erarbeiten. Ziel ist es, dass sämtliche amtliche Informationen von öffentlichem Interesse unaufgefordert und freiwillig den Bürgerinnen und Bürger kostenfrei online zur Verfügung gestellt werden.

**zu 6.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung
Vorlage: V/2012/11263**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Müller, Herr Dr. Meerheim, Herr Trömel, Herr Geier, Herr Kogge und Frau Brederlow (amtierende Leiterin des Fachbereiches Bildung).

Herr Kogge verwies in seinen Eingangserläuterungen auf eine Stellungnahme des Rechtsamtes, welche die Auffassung des Geschäftsbereiches IV stütze.

Frau Brederlow fügte an, dass das Rechtsgutachten im Session dem Dringlichkeitsantrag als externes Dokument beigelegt werde. Es werde durch das Rechtsamt bestätigt, dass durch den Fachbereich Bildung 5 % der Sachkosten gegenüber den Freien Trägern in Ansatz gebracht werden können. Auch im neuen Kinderförderungsgesetz sei eine gleichlautende Regelung enthalten und die Stadt Magdeburg gehe ebenfalls so vor. Vorliegende Gerichtsurteile stützen die Auffassung der Verwaltung ebenfalls.

Dem Punkt 2 des Dringlichkeitsantrages könne die Verwaltung auch vor dem Hintergrund des neuen Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) folgen.

Auf Nachfrage informierte Herr Geier, dass gemäß der Beschlusslage für den Haushalt 2012 ein durchschnittlicher Beitrag von 1,3 % im Haushaltsplan eingeordnet sei.

Herr Kogge argumentierte, dass die Kürzung von 5 % auf 1,3 % nicht mit dem GB IV abgestimmt worden sei. Das entstehende Deckungsloch im Bereich Kita könne ggf. alternativ nur durch die Anhebung der Elternbeiträge geschlossen werden. Im Haushaltsplanentwurf seien die steigenden Kinderzahlen und das neue KiFöG noch nicht berücksichtigt.

Er ging auf die Verwendungsnachweisführung und den Bearbeitungsstau von bis zu 4 Jahren ein.

Die Diskussion drehte sich um die Auffassung, ob alle Freien Träger gleich oder nach ihrer Leistungsfähigkeit prozentual bis zu 5 % an den Sachkosten beteiligt werden sollten.

Die Mitglieder des Ausschusses erklärten ihre Erwartung auf ggf. angepasste Ansätze für den Haushaltsplan 2013 inklusive Deckungsvorschlägen.

Abstimmungsergebnis zu 1.:

5 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zu 2.:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Richtlinie über die Finanzierung der Leistungs- und Qualitätssicherung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) zur Erstattung der notwendigen Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) gemäß § 11 (4) KiföG vom 12.11.2004, Stadtratsbeschluss vom 26.03.2008 (Beschluss – Nr.: IV/2007/06566), wird in § 5.4 Eigenanteil Absatz 2 wie folgt geändert:

Geänderte Regelung (kursiv und fett gedruckt):

1.

„Gemäß § 11 Absatz 4 KiföG bemisst sich der Eigenanteil von in der Regel bis zu 5 v. H. an den notwendigen Gesamtkosten.

Der Eigenanteil der freien Träger in der Stadt Halle (Saale) wird auf ~~0,3 % der notwendigen Gesamtkosten~~ 1,3% der notwendigen Sachkosten (Sachkosten = Gesamtkosten abzüglich Kosten pädagogischem Personal) festgelegt. Diese Regelung gilt für die Jahre 2012 und 2013.“

Wenn durch den Träger nachgewiesen wird, dass seine wirtschaftliche Kraft nicht ausreicht, kann auf Antrag gegenüber der Stadt Halle (Saale), Fachbereich Kinder, Jugend und Familie ein niedrigerer Eigenanteil angesetzt werden“.

2.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Kriterien, die zur Bemessung der wirtschaftlichen Kraft von Trägern zu Grunde gelegt werden, zu erarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss zum Beschluss vorzulegen.

**zu 6.8 Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur
Verbesserung der Transparenz der doppischen Haushaltssatzung
Vorlage: V/2013/11351**

An der kurzen Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Müller und Herr Geier.

Herr Geier erinnerte an die Diskussion, die bei Tagesordnungspunkt Feststellung der Tagesordnung geführt wurde.

Aus den Reihen der Mitglieder wurde für eine verbesserte Information darum gebeten, die Erläuterungen bei den einzelnen Produkten zu erweitern und die Darstellungsform zu überprüfen.

An dieser Stelle wurden die Mitglieder ausdrücklich darum gebeten, dass Fragen im Rahmen der Haushaltsplanberatung so schnell wie möglich an Frau Beßler gerichtet werden, damit diese die Beantwortung in Vorbereitung der Sondersitzungen koordinieren kann.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen
einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung hat bei der Vorlage der Teilergebnis- und Teilfinanzpläne die Punkte 1-25 bzw. 1-18 in weitere Unterpunkte aufzugliedern, insbesondere die Punkte 12 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ und 14 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ sind feiner aufzugliedern.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

Finanzausgleichsgesetz

Herr Geier informierte, dass die Festsetzung der Mittel des Landes an die Stadt gemäß einer Information des Statistischen Landesamtes frühestens im März 2013 ergeht.

Herr Dr. Meerheim verwies auf die Beantwortung der kleinen Anfrage von Herrn Knöchel im Landtag zum FAG.

Hinweis im Nachgang der Sitzung:

Die Beantwortung ist unter folgendem Link einsehbar:

http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/6/d1738dak_6.pdf

STARK III

Als Tischvorlage wurde zu Beginn der Sitzung die Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Förderprogrammes STARK III übergeben. Herr Geier sagte eine stetige Fortschreibung und Übergabe der Aktualisierung nach Veränderungen zu.

zu 9 mündliche Anfragen

STARK III

Herr Trömel, Herr Wolter, Herr Dr. Wöllenweber und Herr Misch stellten zur Thematik Fragen.

Herr Kogge informierte, dass ihm keine Fragen von Freien Trägern vorliegen. Sollten welche bestehen, stehe er zur Klärung bereit.

Herr Geier führte aus, dass er das Gesamtpaket koordiniere. Am vergangenen Freitag habe eine Beratung mit 14 Teilnehmern stattgefunden, um die Verknüpfung innerhalb der Verwaltung und zu den zuständigen Stellen des Landes herauszuarbeiten. 871 T€ seien notwendig, um eine Projektphase zu erreichen, damit vom Land die Fördermittel von ca. 25 Mio. € beantragt werden können. Diese werden dem Stadtrat jedoch separat zu gegebener Zeit zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Sanierungsbedarf in der Stadt Halle sei sehr hoch. Herr Kogge erläuterte auf Nachfrage, dass die Entscheidung bezüglich der Turnhalle Kastanienallee noch nicht abgeschlossen sei. Der Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement führe eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch. Aufgrund der Bildung der Schule als Gemeinschaftsschule wurde die ausnahmsweise Aufnahme der Turnhalle in das Programm vom Land in Aussicht gestellt.

Herr Geier informierte, dass die vorhandenen finanziellen Mittel für die Antragstellung ausreichend seien. Für die Umsetzung nach der Genehmigung seien weitere Gelder nötig.

Externe Stellenausschreibungen für Betriebswirte

Frau Hintz übergab im Namen ihrer Fraktion eine Aufstellung mehrerer Fragen zur externen Stellenausschreibung für Betriebswirte und führte aus, dass eine Beantwortung in der morgigen Sitzung des Hauptausschusses erwartet werde. (Die Fragen sind im Session eingestellt.)

FAG

Auf Nachfrage von Herrn Wehrich legte Herr Geier dar, dass der Entwurfsstand des FAG vom November 2012 in den Haushaltsplanentwurf 2013 eingeflossen sei.

STARK IV

Herr Geier berichtete, dass es auch das erklärte Ziel von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand sei, dass sich die Stadt Halle (Saale) am Programm STARK IV beteilige und eine Konsolidierungsvereinbarung über ca. 75 Mio. € mit einer Laufzeit von 10 Jahren eingehe. Die Erwartungen innerhalb der Konsolidierungsvereinbarung seien sehr hoch. Er werde zu gegebener Zeit unaufgefordert im Finanzausschuss berichtet.

Stellenplan

Auf Nachfrage von Herrn Misch gab Herr Geier darüber Auskunft, dass die Stellenbewirtschaftung für Beamte und Angestellt unterschiedlich sei. Da Beamte keinen gesetzlichen Anspruch auf eine Beförderung haben, fließt das IST in die Planung ein. Das Gehalt der Angestellten folge der Tarifautomatik und werde dementsprechend eingestellt. Hinzu kämen noch die Zulagen für Familien, Erschwernisse, Schichten usw. Diese fließen in Höhe von Mittelwerten in den Haushaltsplan ein. Der Stadtrat beschließe mit dem Stellenplan einen Rahmen. Weitere Nachfragen könnten bei den Haushaltsplanberatungen gestellt werden.

Herr Müller bat darum, dass die Unterlagen des Stellenplanes eine Auflistung enthalten, der die offenen Stellen zu entnehmen sind, sowie wie viel in welchen Bereichen besetzt werden sollen.

zu 10 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Egbert Geier
Beigeordneter

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Martina Beßler
Protokollführerin